

Beer, Susanne:

„Noch ist es Zeit der Verwirrung entgegenzutreten ...“. Die Abwehr des Antisemitismus im Kaiserreich und der Weimarer Republik

In: Sozial.Geschichte Online / Heft 22 / 2018

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt.

Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: <https://doi.org/10.17185/duepublico/45934>

URN: <urn:nbn:de:hbz:464-20180417-152748-1>

Link: <https://duepublico.uni-duisburg-essen.de:443/servlets/DocumentServlet?id=45934>

Rechtliche Vermerke:

lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

Susanne Beer

„Noch ist es Zeit der Verwirrung entgegenzutreten ...“. Die Abwehr des Antisemitismus im Kaiserreich und der Weimarer Republik

Dass der Antisemitismus in Deutschland nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten innerhalb kürzester Zeit durchsetzungsfähig wurde, war nicht allein Folge der brutalen Zerschlagung der politischen Opposition, der massiven Repression solidarischer Verhaltensweisen und der erfolgreichen ideologischen Durchdringung der deutschen Bevölkerung. Das Tempo, mit dem die Segregation der deutschen Bevölkerung vorangetrieben werden konnte, hing auch mit dem Zerfall institutioneller Organisationen und Strukturen zur Abwehr des Antisemitismus in der Spätphase der Weimarer Republik zusammen. Die Geschichte dieses Scheiterns nachzuzeichnen und die ergriffenen wie ausgeschlagenen Handlungsmöglichkeiten kenntlich zu machen, ist das Anliegen des folgenden Beitrags.

Anti-Antisemitismus im Kaiserreich

Die Geschichte der Abwehr des modernen, politisch auftretenden Antisemitismus beginnt in den 1870er Jahren. Damals hatte die jüdische Minderheit in Deutschland gerade erst die rechtliche Gleichheit errungen. 1869 regelte ein Gesetz des Norddeutschen Bundes die volle Gleichstellung, 1871 wurde das Gesetz auf das gesamte Gebiet des neugegründeten Deutschen Reiches übertragen.¹ Die Emanzipation der deutschen Juden war jedoch von Anbeginn umstritten. Schon in den 1870er Jahren meldeten sich Stimmen zu Wort, die die eben erst

¹ Siehe Werner Bergmann, *Geschichte des Antisemitismus*, München 2004, S. 36.

errungene Gleichberechtigung wieder rückgängig machen wollten.² Zu ihnen gehörte der evangelische Pastor Adolf Stoecker, der 1878 die Christlich-Soziale Partei gründete. Stoecker war kaisertreu und lehnte die Demokratisierung und Säkularisierung der politischen Strukturen ab. Stattdessen votierte er für die Wiedererrichtung eines christlich fundierten Ständestaats. Das Judentum galt ihm als Feind schlechthin, denn es zersetze die christlich-nationale Einheit und wirke als „eine Macht, welche überall das Christentum bitter bekämpft, [und] in den Völkern den christlichen Glauben ebenso wie das nationale Gefühl entwurzelt“.³

Die Initiative Stoeckers erfolgte in einer Phase massiver gesellschaftlicher Verunsicherung. Das Kaiserreich wurde 1873 durch die „Gründerkrise“ erschüttert. Zahlreiche Banken und Bauunternehmen gingen in Konkurs, die Arbeitslosigkeit stieg auf über zwanzig Prozent.⁴ Gleichzeitig erstarkte die Arbeiterbewegung. Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), in der sich der reformorientierte und der sozialistische Flügel der Arbeiterbewegung 1875 zusammengeschlossen hatten, erhielt bei den Reichstagswahlen 1877 etwa neun Prozent der Stimmen und wurde damit zur viertstärksten politischen Kraft. Zwar war zu diesem Zeitpunkt nur eine Minderheit der deutschen Arbeiterschaft in der Arbeiterbewegung organisiert, doch begann die Bewegung zu einer ernstzunehmenden politischen Kraft heranzuwachsen. Zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm I. im Mai 1878 bildeten den Anlass für eine Hetzkampagne gegen die Sozialdemokratie, die schließlich zu ihrem Verbot führte – bezeichnenderweise genau in

² Siehe Bergmann, *Geschichte des Antisemitismus* (wie Anm. 1), S. 42.

³ Adolf Stoecker, *Unsere Forderungen an das moderne Judentum*, in: ders., *Das moderne Judentum in Deutschland besonders in Berlin. Zwei Reden in der christlich-socialen Arbeiterpartei*, Berlin 1880, S. 3–19, hier S. 12.

⁴ Siehe Bergmann, *Geschichte des Antisemitismus* (wie Anm. 1), S. 40 sowie Massimo Ferrari Zumbini, *Die Wurzeln des Bösen. Gründerjahre des Antisemitismus. Von der Bismarckzeit zu Hitler*, Frankfurt am Main 2003, S. 125–128.

dem Jahr, in dem Stoecker mit der Christlich-Sozialen Partei eine „rechte Alternative“ zum Sozialismus etablierte.⁵

In den darauffolgenden Monaten erlebte das Kaiserreich eine erste große Welle antisemitischer Propaganda, die auch von Teilen der Studenten- und Professorenschaft mitgetragen wurde. Eine Schlüsselrolle kam dabei dem Berliner Historiker Heinrich von Treitschke zu. Er publizierte im November 1879 einen Artikel mit dem Titel ‚Unsere Aussichten‘, in dem er die Attacken der Antisemiten wegen ihrer grobschlächtigen Form verurteilte, den Inhalt ihrer Interventionen aber guthieß.⁶ Als im Sommer 1880 eine Unterschriftensammlung für eine Petition zur Rücknahme der jüdischen Gleichstellung anließ, die von zahlreichen Studierenden unterstützt wurde, beriefen sich viele von ihnen auf Treitschke als den „Schirmherrn“ ihrer Bewegung.⁷ Die Antisemiten-Petition richtete sich gegen eine vermeintlich von den Juden ausgehende Gefahr für das „deutsche Volk“. ⁸ Sie forderte unter anderem das Verbot der Einwanderung ausländischer Juden, den Ausschluss von staatlichen Ämtern und die Wiedereinführung der konfessionellen Statistik. Insgesamt sollen etwa 250.000 männliche, volljährige Deutsche ihre Unterschrift unter die Petition gesetzt haben.⁹

Die antisemitische Welle von 1879 bis 1881 stieß jedoch auf deutliche öffentliche Gegenwehr. Auf Treitschkes Artikel vom November 1879 antworteten vor allem jüdische Autoren, so etwa der von Treitschke persönlich angegriffene Historiker Heinrich Graetz, aber auch der Philosoph Hermann Cohen, der Rabbiner Manuel Joel und

⁵ Siehe Ralf Hoffrogge, *Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1914*, Stuttgart 2011, S. 79–81.

⁶ Heinrich von Treitschke, *Unsere Ansichten*, in: *Preußische Jahrbücher* 44 (1879), S. 559–576. Der Artikel kann online eingesehen werden unter [http://www.gehove.de/antisem/texte/treitschke_1.pdf].

⁷ Massimo Ferrari Zumbini, *Die Wurzeln des Bösen* (wie Anm. 4), S. 199.

⁸ Die Petition ist abgedruckt in Karsten Krieger (Hg.), *Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Eine Kontroverse um die Zugehörigkeit der deutschen Juden zur Nation. Kommentierte Quellenedition*, Teil 2, München 2003, S. 579–583. Sie kann auch online eingesehen werden unter [http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub_document.cfm?document_id=1801].

⁹ Die Zahlen der Unterschriften schwanken zwischen 225.000 und 265.000. Siehe hierzu Zumbini, *Die Wurzeln des Bösen* (wie Anm. 4), S. 197 (Fußnote 137).

der liberale Politiker Ludwig Bamberger.¹⁰ Einer der wenigen Nicht-Juden, die sich zu Wort meldeten, war der Historiker Theodor Mommsen. Er beteiligte sich an der Ausarbeitung einer Erklärung gegen den Antisemitismus, die im November 1880 in der deutschen Presse abgedruckt wurde. In der sogenannte ‚Notabeln-Erklärung‘, die von 75 bekannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterzeichnet worden war, hieß es:

In unerwarteter und tief beschämender Weise wird jetzt an verschiedenen Orten, zumal den größten Städten des Reichs, der Racenhaß und der Fanatismus des Mittelalters wieder ins Leben gerufen und gegen unsere jüdischen Mitbürger gerichtet. [...] Noch ist es Zeit, der Verwirrung entgegenzutreten und nationale Schmach abzuwenden; noch kann die künstlich angefachte Leidenschaft der Menge gebrochen werden durch den Widerstand besonnener Männer. Unser Ruf geht an die Christen aller Parteien, denen die Religion die frohe Botschaft vom Frieden ist; unser Ruf ergeht an alle Deutschen, welchen das ideale Erbe ihrer großen Fürsten, Denker und Dichter am Herzen liegt. Verteidiget in öffentlicher Erklärung und ruhiger Belehrung den Boden unseres gemeinsamen Lebens: Achtung jedes Bekenntnisses, gleiches Recht, gleiche Sonne im Wettkampf, gleiche Anerkennung tüchtigen Strebens für Christen und Juden.¹¹

In der öffentlichen Wahrnehmung ging der Streit zu Gunsten der Notabeln um Theodor Mommsen aus. Die Antisemiten-Petition blieb insofern politisch wirkungslos. Doch der Erfolg war zwiespältiger Natur. Denn im Zuge der Debatte bildete sich ein defensives Argumentationsmuster heraus, das judenfeindlichen Argumenten entgegenkam. So distanzieren sich die Konservativen zwar vom Antisemitismus, kritisierten gleichzeitig jedoch die Berufsstruktur der jüdischen Bevölkerung sowie die Beteiligung von jüdischen Liberalen am Kulturkampf

¹⁰ Siehe Zumbini, *Die Wurzeln des Bösen* (wie Anm. 4), S. 187–190.

¹¹ Der Text der ‚Notabeln-Erklärung‘ ist abgedruckt in: Krieger, *Der „Berliner Antisemitismusstreit“*, Teil 2 (wie Anm. 8), S. 551–554 sowie in Peter G. J. Pulzer, *Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914*. Mit einem Forschungsbericht des Autors, Göttingen 2004, S. 341 ff.

gegen die katholische Minderheit.¹² Diese Doppelbödigkeit der Argumentation fand sich auch im liberalen Lager. So kritisierte Mommsen jene Juden, die an ihrer „Sonderart“ festhielten, forderte ihre ökonomische und kulturelle Assimilation und empfahl den Übertritt zum Christentum.¹³

Hintergrund dieser zwiespältigen Form des Anti-Antisemitismus bildete die Vision eines nationalen Einigungsprozesses, in dem keine partikularen Differenzen und intermediären Institutionen mehr geduldet werden dürften. Jüdische Gruppen, die mehr als nur eine religiöse Gemeinde bildeten, wurden als potentieller Staat im Staat wahrgenommen. Sie schienen das höchste politische Ziel zu gefährden, das die ‚Notablen-Erklärung‘ wie folgt formulierte: „das gemeinsame Ziel ist und bleibt: Die Ausgleicheung aller innerhalb der deutschen Nation noch von früher nachwirkenden Gegensätze.“¹⁴ Die Vision einer gespaltenen Nation war das Schreckensbild, gegen das sich die Liberalen ebenso verwarhten wie die Antisemiten. Aber im Unterschied zu den Antisemiten hielten sie nicht die Segregation, sondern die vollständige Assimilation für die beste Lösung der sogenannten „Judenfrage“. So schlug Mommsen vor, man müsse mit den „besseren Elementen“ innerhalb des Judentums zusammenarbeiten, „diejenigen, welche ehrlich und ernstlich bemüht sind, in treuem Zusammengehen mit der Nation die Sonderart abzuwerfen.“¹⁵ Die Paradoxie des Anti-Antisemitismus im Kaiserreich bestand somit darin, dass er parallel zur Ablehnung des politisch organisierten Antisemitismus angeblich berechnete Vorwürfe gegen die jüdische Minderheit popularisierte und legitimierte.

¹² Siehe Zumbini, *Die Wurzeln des Bösen* (wie Anm. 4), S. 215.

¹³ Siehe Zeiß-Horbach, *Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus. Zum Verhältnis von Protestantismus und Judentum im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, Leipzig 1908, S. 40–41.

¹⁴ Krieger, *Der „Berliner Antisemitismusstreit“*, Teil 2 (wie Anm. 8), S. 552.

¹⁵ Ebd., S. 551. Vgl. Zeiß-Horbach, *Verein zur Abwehr des Antisemitismus* (wie Anm. 13), S. 47.

Zu Beginn der 1890er Jahre setzte eine zweite Welle der Abwehr antisemitischer Positionen ein, die zur Institutionalisierung des Anti-Antisemitismus führte. Hintergrund dieser Entwicklung waren Wahlerfolge antisemitischer Kandidaten bei den Reichstagswahlen seit 1887. Der hessische Kandidat Otto Böckel zog 1887 als erster Antisemit ins Parlament ein. Er hatte bereits im ersten Wahlgang 57 Prozent der Stimmen seines Wahlkreises erhalten.¹⁶ 1890 folgten ihm vier weitere Antisemiten in den Reichstag. Ihren Höhepunkt erreichte diese Entwicklung, als im Jahr 1893 gleich 16 antisemitische Abgeordnete einen Sitz im Parlament erhielten.¹⁷ Böckel selbst unterlag erst 1903 wieder gegenüber einem linksliberalen Gegenkandidaten. In seiner Abgeordnetenzeit in Berlin erlangte er zwar keinerlei Einfluss, konnte dafür aber in Hessen ein antisemitisches Netzwerk aufbauen.¹⁸

Dagegen formierte sich Gegenwehr, vor allem auf Seiten der Sozialdemokratie, die nach der Aufhebung der Sozialistengesetze ihre Arbeit auf legaler Ebene – nunmehr unter dem Namen SPD – fortsetzen konnte. Dabei war die eigene Position gegenüber dem Antisemitismus innerhalb der Sozialdemokratie durchaus umstritten. Bis in die 1890er Jahre hatten sozialdemokratische Redner und Autoren teilweise selbst antisemitische Vorurteile und Schlagworte benutzt und geglaubt, der Antisemitismus bilde eine Art Auffangbecken für angehende Sozialisten, die man bei rechter Gelegenheit abwerben könne. So hatte Karl Liebknecht etwa in einer Rede erklärt: „Ja, die Herren Antisemiten ackern und säen, und wir Sozialdemokraten werden ernten. Ihre Erfolge sind uns also keineswegs unwillkommen.“¹⁹ Laut Reinhard Rürup kam es jedoch in den Jahren nach der Aufhebung der Sozialisten-

¹⁶ Siehe Zumbini, *Die Wurzeln des Bösen* (wie Anm. 4), S. 280; Pulzer, *Die Entstehung des politischen Antisemitismus* (wie Anm. 11), S. 150 ff.

¹⁷ Siehe Avraham Barkai, „Wehr Dich!“. *Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* (C. V.) 1893–1938, München 2002, S. 22.

¹⁸ Siehe Zumbini, *Die Wurzeln des Bösen* (wie Anm. 4), S. 281.

¹⁹ Rede von Wilhelm Liebknecht auf dem Kölner Parteitag 1893, zitiert nach Richard Rürup, *Sozialdemokratie und Antisemitismus im deutschen Kaiserreich*, in: Micha Brumlik / Doron Kiesel / Linda Reisch (Hg.), *Der Antisemitismus und die Linke*, Frankfurt am Main 1991, S. 17–31, hier S. 28.

gesetze innerhalb der Sozialdemokratie zu einer Klärung der Parteiposition, die sich schließlich entschieden gegen den Antisemitismus richtete. Wegweisend hierfür war ein Brief von Friedrich Engels aus dem Jahr 1890, der in mehreren Zeitschriften abgedruckt wurde und Sympathien mit dem Antisemitismus eine eindeutige Abfuhr erteilte.²⁰ Der Antisemitismus diene „nur reaktionären Zwecken unter scheinbar sozialistischem Deckmantel; er ist eine Abart des feudalen Sozialismus, und damit können wir nichts zu schaffen haben“, erklärte Engels.²¹ Seine Position wurde in dem ein Jahr später beschlossenen Erfurter Parteiprogramm bestätigt. Darin hieß es:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft [...] für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.²²

Die wichtigste Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Frage des Antisemitismus war aber die vielbeachtete Rede „Sozialdemokratie und Antisemitismus“ des Parteivorsitzenden August Bebel.²³ Auf dem Kölner Parteitag im Oktober 1893 – also nur vier Monate nach den Erfolgen der Antisemiten bei den Reichstagswahlen – stellte Bebel fest, dass „ein nicht unbeachtenswerther Theil der Genossen in dieser Fra-

²⁰ Zu Engels Position siehe Enzo Traverso, *Die Marxisten und die jüdische Frage*, Mainz 1995, S. 45–49.

²¹ Friedrich Engels, *Über den Antisemitismus* (Aus einem Brief nach Wien), in: Karl Marx / Friedrich Engels, *Werke*, Bd. 22, Berlin 1963, S. 49–51 (Originalausgabe von 1890), hier S. 50.

²² Der Text des Erfurter Programms ist online dokumentiert unter [<https://www.marxist-s.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1891/erfurt.htm>].

²³ Siehe Rürup, *Sozialdemokratie und Antisemitismus* (wie Anm. 19), S. 22; Pulzer, *Die Entstehung des politischen Antisemitismus* (wie Anm. 11), S. 277. Bereits auf dem Parteitag von 1892 hatte die SPD eine ähnlich lautende Resolution gegen den Antisemitismus angenommen. Siehe hierzu Zumbini, *Die Wurzeln des Bösen* (wie Anm. 4), S. 47.

ge noch nicht klar steht.²⁴ In der folgenden Analyse stützte sich Bebel im Wesentlichen auf die Ausführungen von Engels, bediente gleichzeitig aber auch antisemitische Argumentationsfiguren seiner Zeit, etwa wenn er unter Verweis auf die „große natürliche Anlage“ der Juden zum Handel erklärte:²⁵ „Der Jude [...] muß natürlich auch unter seinen Konkurrenten den Antisemitismus hervorrufen.“²⁶ Zudem übernahm Bebel das Liebknechtsche Diktum vom Antisemitismus als einem Durchlauferhitze für unzufriedene Mittelständler, die sich früher oder später der Sozialdemokratie zuwenden würden. Diese Sicht fand schließlich auch Eingang in die Resolution des Parteitag, die im Anschluss an Bebels Referat verabschiedet wurde. Darin hieß es: „Die Sozialdemokratie bekämpft den Antisemitismus als eine gegen die natürliche Entwicklung der Gesellschaft gerichtete Bewegung, die jedoch trotz ihres reaktionären Charakters und wider ihren Willen schließlich revolutionär wirkt.“²⁷ Der Antisemitismus wurde also inhaltlich und politisch abgelehnt, aber seine Vertreter wurden als ernstzunehmende Gegner unterschätzt.²⁸ Die Illusion von einer letztendlich „revolutionären Wirkung“ des Antisemitismus war die Voraussetzung für diese Fehleinschätzung.

Trotz dieser Ambivalenzen spielte die Sozialdemokratie eine herausragende Rolle bei der Abwehr des Antisemitismus im Kaiserreich. Immer wieder wurden antisemitische Versammlungen durch Mitglie-

²⁴ August Bebel, Antisemitismus und Sozialdemokratie, in: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Köln a. Rh. vom 22. bis 28. Oktober 1893, Berlin 1893, S. 223–237, hier S. 225.

²⁵ August Bebel, Antisemitismus und Sozialdemokratie (wie Anm. 24), S. 226.

²⁶ Ebd., S. 231.

²⁷ Ebd., S. 224.

²⁸ Über die Wirkung der Rede Bebels gehen die Einschätzungen in der Literatur auseinander. Rosemarie Leuschen-Seppel und Richard Rürup betonten den progressiven Gehalt der Rede; Edmund Silberner und Lars Fischer dagegen die Übernahme antisemitischen Vokabulars. Siehe Rosemarie Leuschen-Seppel, Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich, Bonn 1978; Rürup, Sozialdemokratie und Antisemitismus (wie Anm. 19); Edmund Silberner, Sozialisten zur Judenfrage. Ein Beitrag zur Geschichte des Sozialismus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1914, Berlin 1962; Lars Fischer, The Socialist Response to Antisemitism in Imperial Germany, Cambridge 2007.

der der SPD gesprengt. Für die Zeit der Sozialistengesetze liegen Informationen über mindestens sechzig solcher Aktionen vor, für die Zeit zwischen 1890 und 1900 sogar 400 Fälle.²⁹ Daneben setzten sich Sozialdemokraten auf eigenen Veranstaltungen intensiv mit dem Antisemitismus auseinander. Laut Bernd Rürup sind allein aus den Jahren 1891 bis 1893 über dreißig öffentliche Versammlungen bekannt, die ausdrücklich diesem Thema gewidmet waren.³⁰ Zudem gab die SPD Wahlempfehlungen gegen die Christlich-Soziale Partei von Adolf Stoecker heraus und stellte bei Wahlen jüdische Kandidaten auf, während die bürgerlichen Parteien aus Rücksicht vor antisemitischen Vorurteilen der Wähler mehrheitlich davor zurückschreckten.³¹ Von den 417 SPD-Abgeordneten des Reichstags waren zwischen 1881 und 1914 etwa zehn Prozent jüdisch – ein Anteil, der den Prozentsatz von Juden in der deutschen Bevölkerung um ein zehnfaches übertraf.³² Auch in der Partei- und Fraktionsspitze waren Juden prominent vertreten. Rürup betont daher, „daß es kein anderes politisches Lager und keine große soziale Schicht in Deutschland gegeben hat, die mit solcher Konsequenz und – relativ gesehen, d. h. im Hinblick auf die Angehörigen der eigenen Bewegung – mit solchem Erfolg den Antisemitismus bekämpft und geächtet hat.“³³

Gegenwehr gegen antisemitische Strömungen dieser Jahre kam aber auch aus den Reihen der Liberalen und ihrer zivilgesellschaftlichen Organisationen. Eine dieser Organisationen, die sich gegen Antisemitismus engagierte, war der 1893 gegründete *Oberhessische Verein für Volksbildung*, der die Judenfeindschaft durch Aufklärungsarbeit und

²⁹ Siehe Rürup, Sozialdemokratie und Antisemitismus (wie Anm. 19), S. 20.

³⁰ Ebd., S. 20–21.

³¹ Einen Überblick über die Zahl der jüdischen Reichstagsabgeordneten zwischen 1867 und 1912 gibt Ernest Hamburger, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848–1918, Tübingen 1968, S. 254. Der Überblick macht deutlich, dass die bürgerlichen Parteien – im deutlichen Unterschied zur Sozialdemokratie – von 1893 bis 1912 nur noch vereinzelt Kandidaten jüdischer Herkunft aufstellten, die überdies allesamt getauft waren.

³² Siehe Rürup, Sozialdemokratie und Antisemitismus (wie Anm. 19), S. 24.

³³ Rürup, Sozialdemokratie und Antisemitismus (wie Anm. 19), S. 29.

die Förderung des Dialogs zwischen Christen und Juden beseitigen wollte. Der Verein bildete innerhalb kurzer Zeit 28 Ortsgruppen, fiel jedoch nach dem Tod des Gründers Leopold von Sacher-Masoch im Jahr 1895 rasch wieder in sich zusammen.³⁴

Ein längerfristiger Erfolg war dem *Verein zur Abwehr des Antisemitismus* (VAA) beschieden. Er wurde 1890 gegründet und verfolgte die bereits mit der ‚Notabeln-Erklärung‘ etablierte Strategie einer öffentlichen Intervention bekannter Honoratioren. Die Initiative zur Vereinsgründung ging von dem linksliberalen Politiker Heinrich Rickert und dem Rechtsanwalt und Schriftsteller Edmund Friedemann aus. Als Anfang 1891 der Gründungsaufruf publiziert wurde, hatte der Verein bereits über 500 Männer für sich gewinnen können.³⁵ Zu ihnen gehörten auch Personen, die – so wie Theodor Mommsen – bereits elf Jahre zuvor die ‚Notabeln-Erklärung‘ unterzeichnet hatten. In dem Gründungsaufruf des VAA hieß es:

Gegen unsere jüdischen Mitbürger wird ein gehässiger Kampf fortgesetzt, welcher der Natur unseres Volkes zuwider ist. [...] Die Aufhebung der staatsbürgerschaftlichen Gleichberechtigung ist das Ziel der antisemitischen Agitation. Derselben gleichgiltig und unthätig zuzuschauen, wäre eine verhängnisvolle Unterlassung. [...] Die Unterzeichnenden [...] wollen der antisemitischen Agitation mit Wort und Schrift entgegentreten. [...] Sie wenden sich an ihre Mitbürger, ohne Unterschied der Partei und des Glaubens, mit der Bitte, sie bei diesen Bestrebungen zu unterstützen und dem Verein beizutreten.³⁶

Der Verein präsentierte sich in der Anfangsphase als nicht-jüdische Institution; das Engagement gegen den Antisemitismus wurde als „Ehrensache für das deutsche Volk und vornehmlich für uns Chris-

³⁴ Siehe Karl E. Demandt, Leopold von Sacher-Masoch und sein Oberhessischer Volksbildungsverein zwischen Schwarzen, Roten und Antisemiten, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 18 (1968), S. 160–208 und Zumbini, Die Wurzeln des Bösen (wie Anm. 4), S. 283–284.

³⁵ Siehe Zeiß-Horbach, Verein zur Abwehr des Antisemitismus (wie Anm. 13), S. 52.

³⁶ Abgedruckt unter anderem in der Nationalzeitung Nr. 61 vom 29. Januar 1891, zweites Blatt. Zitiert nach Zeiß-Horbach, Verein zur Abwehr des Antisemitismus (wie Anm. 13), S. 51–52.

ten“ dargestellt.³⁷ Dabei waren von Anbeginn auch Juden im Verein aktiv.³⁸ Im Laufe der Jahre ging der Verein mit seinen jüdischen Mitgliedern offener um und hielt deren Namen in öffentlichen Erklärungen nicht mehr zurück. Seit 1906 wurden die Gremien des Vereins paritätisch je zur Hälfte mit Juden und Christen besetzt. Dennoch blieb der VAA bis zuletzt zurückhaltend, was Aktionen von Juden für Juden anging, da eine selbstbewusste jüdische Identität weiterhin als Gefährdung der nationalen Einheit betrachtet wurde.³⁹

Genauere Angaben über die Entwicklung der Mitgliederzahlen liegen aufgrund des verschollenen Vereinsarchivs nicht vor. Die Theologin Auguste Zeiß-Horbach hat in ihrer Studie über die Geschichte des Vereins immerhin rekonstruieren können, dass 1891 bereits 12.000 Mitglieder verzeichnet wurden, Ende 1893 waren es über 13.000.⁴⁰ Diese Zahlen müssen jedoch mit Vorsicht interpretiert werden, da die Mitglieder an der Basis lange Zeit überhaupt nicht in die Aktivitäten des Vereins einbezogen wurden. In den ersten dreizehn Jahren des Bestehens fand beispielsweise keine einzige Mitgliederversammlung statt. Die Hauptarbeit des Vereins lastete auf wenigen Vorstandsmitgliedern. Die Situation verbesserte sich erst in der Weimarer Republik, als im Zuge der Neuformulierung der Vereinsatzung den Ortsgruppen mehr Gewicht im Vereinsausschuss zugesprochen wurde.⁴¹ Insgesamt aber blieb der Organisationsgrad des Vereins gering.⁴² Zeit seines Bestehens hatte er mit ausbleibenden Mitgliedsbeiträgen und finanziellen Problemen zu kämpfen.⁴³

³⁷ Gründungsaufruf des VAA, abgedruckt unter anderem in der Nationalzeitung Nr. 61 vom 29. Januar 1891, zweites Blatt, zitiert nach Zeiß-Horbach, Verein zur Abwehr des Antisemitismus (wie Anm. 13), S. 51.

³⁸ Laut Arnold Paucker war sogar die Mehrzahl der Mitglieder jüdischer Herkunft. Vgl. Arnold Paucker, Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik, Hamburg 1968, S. 35.

³⁹ Zeiß-Horbach, Verein zur Abwehr des Antisemitismus (wie Anm. 13), S. 64–65.

⁴⁰ Ebd., S. 60.

⁴¹ Ebd., S. 69–70.

⁴² Ebd., S. 146.

⁴³ Ebd., S. 80.

Der Schwerpunkt der Arbeit des VAA lag im Bereich der publizistischen Abwehr des Antisemitismus. Dazu gehörte vor allem die Herausgabe der Vereinszeitschrift ‚Mitteilungen‘.⁴⁴ Darin wurden antisemitische Argumentationen und Ausschreitungen in Deutschland und im Ausland angeprangert, Gegenargumente und wissenschaftlich aufbereitetes Datenmaterial publiziert und Hintergrundinformationen zum Judentum geliefert.⁴⁵ 1915 wurden etwa 10.000 Exemplare verteilt.⁴⁶ Um seinen Wirkungskreis zu erhöhen, verschickte der VAA ab 1893 kostenlose Exemplare der ‚Mitteilungen‘ beziehungsweise der daraus zusammengestellten ‚Abwehr-Korrespondenz‘ an die Redaktionen verschiedener Zeitungen, in der Hoffnung, diese würden sich des Themas annehmen. 1897 wurden rund 300 Zeitungen damit beliefert, 1908 waren es noch etwa 250 Blätter.⁴⁷ Neben den ‚Mitteilungen‘ stellte der VAA auch Handbücher als Argumentationshilfen gegen den Antisemitismus zusammen. Zu diesen gehörte beispielsweise der seit Sommer 1890 herausgegebene ‚Antisemiten-Spiegel‘.⁴⁸ Das knapp 400-seitige Werk enthielt Statistiken über die jüdische Bevölkerungs- und Berufsentwicklung und informierte über die Geschichte des Antisemitismus, über die Ziele der antisemitischen Parteien und ihre Agitation bei den Reichstagswahlen.

Gelegentlich trat der Verein auch mit Hilfe von Aufrufen an die Öffentlichkeit, die durch die Presse verbreitet wurden. Als im Jahr 1900 starke antisemitische Unruhen im Zusammenhang mit dem Tod

⁴⁴ Die ‚Mitteilungen‘ erschienen in einem Umfang von vier bis acht Seiten zunächst wöchentlich, ab 1911 dann zweiwöchentlich, ab 1925 unter dem Titel ‚Abwehrblätter‘. Siehe Zeiß-Horbach, Verein zur Abwehr des Antisemitismus (wie Anm. 13), S. 31–36.

⁴⁵ Ebd., S. 33. Die ‚Mitteilungen‘ sind im Internet zugänglich unter [<http://periodika.digitale-sammlungen.de/abwehr/start.html>].

⁴⁶ Siehe Zeiß-Horbach, Verein zur Abwehr des Antisemitismus (wie Anm. 13), S. 34. Zur Auflagenstärke siehe auch Barbara Suchy, The Verein zur Abwehr des Antisemitismus (II). From the World War to its Dissolution in 1933, in: The Leo Baeck Institute Year Book XXX (1985), From Weimar to Hitler. Demography and Sociology, S. 67–103, hier S. 86 und S. 98–99.

⁴⁷ Zeiß-Horbach, Verein zur Abwehr des Antisemitismus (wie Anm. 13), S. 76.

⁴⁸ Der ‚Antisemiten-Spiegel‘ wurde mehrfach neu aufgelegt: Die zweite Auflage erschien 1900, die dritte 1911. Die Reproduktion einer Ausgabe von 1892 befindet sich unter [<http://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/freimann/content/titleinfo/42349>].

eines 18-jährigen Schülers in der westpreußischen Kleinstadt Konitz ausbrachen, initiierte der VAA beispielsweise einen Aufruf gegen die Ritualmordbeschuldigung. Zudem wurde ein Flugblatt mit mehreren tausend Exemplaren gedruckt und den meistgelesenen Zeitungen der Region beigelegt.⁴⁹ Punktuell organisierte der VAA auch öffentliche Vorträge und Veranstaltungen. Anfangs bemühte sich der Verein sogar um Interventionen bei antisemitischen Veranstaltungen. Da es dabei wiederholt zu Tumulten kam, wurde diese Praxis jedoch bald wieder aufgegeben.⁵⁰ Dafür nutzten einzelne Mitglieder des VAA ihre Position als Abgeordnete, um das Thema in die Reichstagsdebatten einzubringen. Die Vereinsvorsitzenden Heinrich Rickert und Georg Gothein verfassten wiederholt entsprechende Eingaben und prangerten beispielsweise die Diskriminierung jüdischer Soldaten im Heer an. In Perioden aktiven Wahlkampfs stellte der VAA zudem Geldmittel zur Verfügung, um durch Aufklärungskampagnen die Wahl antisemitischer Kandidaten zu verhindern.⁵¹

Ob der Verein über seine Leserschaft hinaus einen relevanten Einfluss erzielte, ist fraglich. Auguste Zeiß-Horbach zufolge erreichte der VAA lediglich „Gleichgesinnte, die die Gesellschaft mit wachen Augen beobachteten und den Antisemitismus als Gefahr für die Verfassung bzw. die Nation werteten. Diese konnte man für den Kampf stärken. [...] Darüber hinaus dürfte der VAA jedoch mit seiner Zeitschrift auf Menschen, die unbewusst antisemitischen Argumentationen folgten, kaum Eindruck gemacht haben. Dafür waren die *Mitteilungen* zu wenig kämpferisch angelegt.“⁵² Hinzu kommt, dass auch die Klientel der liberal gesinnten, bürgerlichen Leserschaft der ‚Mitteilungen‘ abnahm. Für die Gewinnung von Mitgliedern in anderen sozialen Gruppen, insbesondere der organisierten Arbeiterschaft, entwickelte der VAA keine passenden Instrumente. Im Gegenteil: Der Verein lehnte im Kaiserreich die Zusammenarbeit mit

⁴⁹ Zeiß-Horbach, Verein zur Abwehr des Antisemitismus (wie Anm. 13), S. 73.

⁵⁰ Ebd., S. 72–73.

⁵¹ Ebd., S. 78.

⁵² Ebd., S. 36. Kursivsetzung vom Original übernommen.

der „vaterlandslosen“ SPD ab. Dadurch waren die Mitglieder des VAA immer häufiger vor die Alternative gestellt, sich bei Stichwahlen zwischen sozialdemokratischen und antisemitischen Kandidaten entscheiden zu müssen. Die nationalliberalen Mitglieder des VAA votierten in dieser Situation tendenziell eher für Letztere – ein Paradox, das die Fragilität des national-liberalen Anti-Antisemitismus jener Zeit verdeutlicht.⁵³

Trotz der Schwächen seiner Gegner konnte sich der politisch organisierte Antisemitismus im Kaiserreich nicht dauerhaft etablieren. Mit dem Erfolg bei den Reichstagswahlen von 1893 hatten die Antisemiten ihren Zenit bereits überschritten. In den folgenden Jahren gelang es ihnen nicht, die organisierte Arbeiterschaft für sich zu gewinnen, die eigenen Fraktionierungen zu überwinden und eine geschlossene parlamentarische Gruppe zu bilden. Innere Spaltungen bestanden bis zum Ende des Kaiserreichs fort und trugen dazu bei, dass der einmal errungene Erfolg nicht konsolidiert werden konnte.⁵⁴ Ungeachtet des Niedergangs des politisch organisierten Antisemitismus verbreiteten sich seit den 1890er Jahren antisemitische Einstellungen jedoch zunehmend in nationalistischen Verbänden, wie etwa dem „Bund der Landwirte“ oder dem „Alldeutschen Verband“. In diesem Milieu wurde der Antisemitismus mit rassistischen Argumenten gekoppelt. Es entstand ein auf die „Rassenlehre“ gestützter „Vernunft-Antisemitismus“, der sich von dem als antiquiert empfundenen Antisemitismus des 19. Jahrhunderts absetzte und zur Grundlage für das Wiedererstarken antisemitischer Positionen im 20. Jahrhundert wurde.⁵⁵

Anti-Antisemitismus in der Weimarer Republik

Noch zu Beginn des Ersten Weltkrieges schien es so, als wäre der endgültige Niedergang der antisemitischen Bewegung besiegelt. Die nationale Burgfrieden-Politik sorgte dafür, dass antisemitische Agita-

⁵³ Ebd., S. 57–59.

⁵⁴ Vgl. Zumbini, Die Wurzeln des Bösen (wie Anm. 4), S. 12.

⁵⁵ Hierzu Bergmann, Geschichte des Antisemitismus (wie Anm. 1), S. 48–51.

tionsversuche streng zensiert wurden und Juden erstmals in führende Positionen in der Kriegswirtschaft und im Militär aufsteigen konnten.⁵⁶ Doch mit der drohenden Kriegsniederlage änderte sich die Stimmung. Werner Bergmann schreibt hierzu: „Je mehr sich das Kriegsglück gegen Deutschland wendete, desto mehr Raum gewann die Rechte für ihre antijüdische Agitation.“⁵⁷ Ab 1918 verschärfte sich diese Situation nochmals. Nun wurde offene physische Gewalt „zu einer eigenständigen Dimension des Antisemitismus“.⁵⁸ Die erste Angriffswelle setzte im Januar 1919 ein und hielt bis November 1923 an. In dieser Zeit kam es zu Gewalt gegen Juden auf offener Straße, zu Überfällen und Plünderungen von Wohnungen und Geschäften, zu Geiselnahmen von Juden im Zuge des Hitler-Putsches und zu Mordanschlägen.⁵⁹ Die Mordanschläge richteten sich oftmals gegen prominente jüdische Sozialisten, Anarchisten und Repräsentanten der Novemberrevolution, wie Hugo Haase, Rosa Luxemburg, Gustav Landauer und Kurt Eisner.⁶⁰

Eine erste Protestwelle gegen den gewalttätigen Antisemitismus formierte sich im Laufe des Jahres 1919. In Berlin und anderen Städten war es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen Juden und Personen gekommen, die antisemitische Flugblätter verteilt hatten.⁶¹ Die demokratische Presse griff aus diesem Anlass das Thema der Judenfeindschaft auf und kritisierte die deutschnationale Hetze.⁶² Am aufmerk-

⁵⁶ Ebd., S. 67 und Zeiß-Horbach, Verein zur Abwehr des Antisemitismus (wie Anm. 13), S. 153.

⁵⁷ Bergmann, Geschichte des Antisemitismus (wie Anm. 1), S. 67.

⁵⁸ Dirk Walter, Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999, S. 22.

⁵⁹ Einen Überblick über antisemitische Gewalt in der Weimarer Republik gibt Walter, Antisemitische Kriminalität (wie Anm. 58).

⁶⁰ Siehe Hagen Schulze, Freikorps und Republik 1918–1920, Boppard am Rhein 1969. Ein Beispiel für die antisemitische Argumentation der Gegenrevolution findet sich in Form eines Flugblattes des Bundes der „Kaisertreuen“ abgedruckt in: Richard Müller, Die Novemberrevolution, Berlin 1973, S. 294–295.

⁶¹ Den Höhepunkt dieser Zusammenstöße markierte ein Übergriff auf den 25-jährigen jüdischen Kaufmann Artur Zucker am Abend des 13. August 1919, bei dem er schwer misshandelt wurde. Siehe hierzu Walter, Antisemitische Kriminalität (wie Anm. 58), S. 23.

⁶² Ebd., S. 42.

samsten wurde der Antisemitismus im Jahr 1919 von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) beobachtet, die sich 1917 aus Gegnerschaft zum Krieg von der SPD abgespalten hatte.⁶³ Sie reagierte mit einer Resolution „Gegen die Judenhetze“, die auf dem Leipziger Parteitag (30. November bis 6. Dezember 1919) verabschiedet wurde. Darin wurde der Antisemitismus als Instrument der Gegenrevolution angeprangert, das dazu diene, die revolutionären Kräfte zu spalten. In der Resolution forderte der Parteitag dazu auf, „alle Formen dieser Hetze [...] auf das entschiedenste zu bekämpfen.“⁶⁴

Zu erneuten Protesten kam es im Anschluss an das sogenannte „Scheunenviertel-Pogrom“ im Jahr 1923.⁶⁵ Zwischen dem 3. und dem 7. November 1923 wurden in Berlin über 200 Läden geplündert. Der Angriff war deutlich antisemitisch konnotiert und richtete sich gegen die im Scheunenviertel ansässigen Juden osteuropäischer Herkunft. Einige Ladenbesitzer brachten Schilder an, auf denen sie sich als christliche Kaufleute auswiesen, um sich vor den Überfällen zu schützen.⁶⁶ Parallel zu den Plünderungen kam es zu Körperverletzungen und ei-

⁶³ Siehe Ludger Heid, „Proletarier zu sein und Jude dazu, das bedeutet unsägliches Leid [...]“. Sozialisten zur „Ostjudenfrage“, in: Ludger Heid / Arnold Paucker (Hg.), *Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen*, Tübingen 1992, S. 177–192, hier S. 188.

⁶⁴ Resolution „Gegen die Judenhetze“, abgedruckt in: *Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Protokolle der Parteitage*, Bd. 2: 1919–1920, Glashütten im Taunus 1976, S. 539.

⁶⁵ Zum sogenannten „Scheunenviertel-Pogrom“ siehe Rainer Zilkenat, *Der antisemitische Staat ist nun in Berlin aufgegangen. Der Pogrom am 5. und 6. November 1923*, in: Verein Stiftung Scheunenviertel (Hg.), *Das Scheunenviertel. Spuren eines verlorenen Berlins*, Berlin 1994, S. 95–101; Andrea Lefèvre, *Lebensmittellunruhen in Berlin 1920–1923*, in: Manfred Gailus / Heinrich Volkmann (Hg.), *Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990*, Opladen 1994, S. 346–360, hier S. 352–353; Walter, *Antisemitische Kriminalität* (wie Anm. 58), S. 151–154, und David Clay Large, „Out with the Ostjuden“. *The Scheunenviertel Riots in Berlin, November 1923*, in: Christhard Hoffmann / Werner Bergmann / Helmut Walser Smith (Hg.), *Exclusionary Violence. Antisemitic Riots in Modern History*, Ann Arbor 2002, S. 123–140.

⁶⁶ Meldung aus dem ‚Vorwärts‘ vom 7. November 1923, zitiert in Walter, *Antisemitische Kriminalität* (wie Anm. 58), S. 153. Siehe auch Zilkenat, *Der antisemitische Staat* (wie Anm. 65), S. 101.

nem Todesfall. „Auf offener Straße werden Juden überfallen, ausgezogen und beraubt, nur noch mit der Leibwäsche bekleidet johlend durch die Straßen gejagt; Geschäfte werden demoliert, in Wohnungen wird eingedrungen und randaliert; Autos werden angehalten und die Insassen verprügelt“, beschreibt der Historiker Rainer Zilkenat die Stimmung während des Pogroms.⁶⁷ Die republikanische Presse betonte, dass mit den Ausschreitungen eine neue Grenze der Gewalt überschritten worden sei. Die Entrüstung über den Vorfall war ausgesprochen stark, was auch damit zusammenhing, dass sich die Täter nicht eindeutig dem rechten Spektrum zuordnen ließen. Besonders die Sozialdemokratie sorgte sich um ein Abdriften ihrer klassischen Klientel ins antisemitische Lager und veranstaltete im Anschluss an die Krawalle mindestens ein Dutzend Kundgebungen. Hinzu kamen Protestveranstaltungen der *Liga für Menschenrechte* und des *Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*.⁶⁸

Die breite öffentliche Mobilisierung gegen antisemitische Übergriffe im Jahr 1923 war nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass sich zeitgleich eine weiter gefasste Protestbewegung gegen rechte und linke Umsturzversuche der Republik formierte. Erst dieser Zusammenhang verlieh „der anti-antisemitischen Propaganda [...] eine Breitenwirkung und Dynamik, die ein ausschließlich gegen die Judenfeindschaft per se gerichteter Protest wohl nicht gehabt hätte“, notiert der Historiker Dirk Walter.⁶⁹ Den Höhepunkt dieser Entwicklung bildete die Gründung des *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold* im Februar 1924. Ziel dieses Zusammenschlusses von Kriegsveteranen war die Bildung eines Kampfverbandes, der die Republik notfalls mit Waffengewalt verteidigen sollte. Als militante Schutztruppe, die ihre Wehrhaftigkeit durch öffentliche Aufmärsche zu demonstrieren versuchte, stellte das Reichsbanner ein Gegengewicht zur Präsenz rechtsradikaler Verbän-

⁶⁷ Zilkenat, *Der antisemitische Staat* (wie Anm. 65), S. 98.

⁶⁸ Siehe Walter, *Antisemitische Kriminalität* (wie Anm. 58), S. 152–154.

⁶⁹ Ebd., S. 154.

de auf der Straße dar. Die Abwehrarbeit des Reichsbanners umfasste zudem den Saalschutz bei jüdischen Veranstaltungen.⁷⁰

Auch auf kommunistischer Seite gab es seit 1920 Versuche zur bewaffneten Gegenwehr gegen rechtsgerichtete Aufmärsche und Veranstaltungen, die in aller Regel eng mit antisemitischen Positionen verknüpft waren. So organisierte die KPD beispielsweise bei dem von völkischen Nationalisten veranstalteten „Deutschen Tag“ in Halle im Mai 1924 eine Gegenveranstaltung, die in einem Straßenkampf zwischen Polizei und Demonstrierenden endete.⁷¹ 1924 baute die KPD dann – als Konkurrenzorganisation zum republikanisch ausgerichteten Reichsbanner – mit dem *Roten Frontkämpferbund (RFB)* einen eigenen paramilitärischen Wehrverband auf.⁷² Doch auch wenn die KPD den gewaltförmigen Antisemitismus durch ihre Straßenpräsenz eindämmte, stand die Auseinandersetzung mit der Judenfeindschaft nicht im Fokus ihrer politischen Arbeit. Laut Ludger Heid hat sich die KPD „immer vor einer klaren Aussage in der ‚Judenfrage‘ herumgedrückt“.⁷³ Eine offiziöse Stellungnahme zum Antisemitismus erschien erst 1931 in einem Buch des Marxisten Otto Heller. Unter dem Titel „Der Untergang des Judentums“ prophezeite es die Selbstauflösung der vermeintlichen Sonderstellung der Juden durch die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft. Eine „wirkliche Judenfrage“ existiere derzeit in Deutschland nicht.⁷⁴ Auch in einem 1932 erschienen Aufsatz des Zentralkomitees der KPD unter dem Titel „Kommunismus

⁷⁰ Siehe Avraham Barkai /Paul Mendes-Flohr / Steven M. Lowenstein, *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*, 4. Bd.: 1918–1945, München 1997, S. 121.

⁷¹ Siehe Dirk Schumann, *Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg*, Essen 2001, S. 203–210.

⁷² Zur Geschichte des RFB vgl. Friedbert Mühltdorfer, *Roter Frontkämpferbund, 1924–1929*, in: *Historisches Lexikon Bayerns*, [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Roter_Frontk%C3%A4mpferbund,_1924-1929]. Während das Reichsbanner um die drei Millionen Mitglieder zählte, kam der Rote Frontkämpferbund auf nicht mehr als 100.000 Mitglieder.

⁷³ Heid, *Proletarier zu sein und Jude dazu* (wie Anm. 63), S. 189.

⁷⁴ Otto Heller, *Kommunismus und Judenfrage*, in: *Klärung. 12 Autoren über die Judenfrage*, Berlin 1932, S. 91, zitiert nach Mario Kessler, *Die KPD und der Antisemitismus in der Weimarer Republik*, in: *Utopie kreativ*, 173 (2005), S. 223–232, hier S. 230.

und Judenfrage“ erklärte die Parteispitze, es gebe „keine Judenfrage“, sondern nur „jüdische Ausbeuter und jüdische Ausgebeutete“, womit sie einerseits dem bestehenden antisemitischen Diskurs eine klare Abfuhr erteilte, andererseits aber auch an der bedrohlichen Zuspitzung des Antisemitismus in der Endphase der Weimarer Republik vorbeiging.⁷⁵

Doch zurück zur Anfangsphase der Weimarer Republik: Die öffentliche Gegenwehr gegen den gewalttätig auftretenden Antisemitismus in den Jahren 1919 bis 1924 war groß. Walter sieht in der Reaktion der Öffentlichkeit dieser Jahre sogar ein „Indiz für die phasenweise zunehmende Abwehrkraft der Gesellschaft gegenüber Judenfeindschaft überhaupt“ beziehungsweise „eine in Ansätzen wehrhaft gewordene Demokratie“.⁷⁶ In der Zeit zwischen 1924 und 1928 gingen spektakuläre Gewalttaten gegen Juden deutlich zurück – also genau in jener Phase der wirtschaftlichen Stabilisierung, die bis heute als die Zeit der „goldenen Zwanziger“ erinnert wird.⁷⁷

Erst Ende der 1920er Jahre lebte der aggressive „Radau-Antisemitismus“ erneut auf.⁷⁸ Die Gewalt gegen Juden war dabei häufiger und brutaler als zu Beginn der 1920er Jahre. Bei Konfrontationen auf der

⁷⁵ Zitiert nach Heid, Proletarier zu sein und Jude dazu (wie Anm. 63), S. 189. Zur ökonomistischen Analyse des Antisemitismus in den Reihen der KPD vgl. Traverso, Die Marxisten und die jüdische Frage (wie Anm. 20), S. 191–193. Das KPD-Organ ‚Rote Fahne‘ veröffentlichte in den Jahren 1928 bis 1933 zudem immer wieder Artikel, die die angebliche Verquickung von Nationalsozialisten und jüdischem Großkapital skandalisierten und die KPD als eigentliche Hüterin der Interessen des „deutschen Volkes“ präsentierte. Vgl. Olaf Kistenmacher, Klassenkämpfer wider Willen. Die KPD und der Antisemitismus zur Zeit der Weimarer Republik, in: Jungle World 28, 14. Juli 2011. Zur Diskussion und zum Stellenwert antisemitischer Äußerungen in der KPD vgl. Gerhard Hanloser, Die *Rote Fahne* und der Antisemitismus. Olaf Kistenmachers Präsentation tatsächlicher und vermeintlicher antijüdischer Aussagen in der KPD-Tageszeitung, in: Sozial.Geschichte Online 20 (2017), S. 147–173, [http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-43277/06_Hanloser_Rote_Fahne.pdf].

⁷⁶ Walter, Antisemitische Kriminalität (wie Anm. 58), S. 184 und S. 154.

⁷⁷ Dafür nahmen nun indirekte Angriffe in Form von Friedhofs- und Synagogenschändungen zu. Zwischen 1923 und 1932 gab es beinahe 200 solcher Vorfälle. Sie stießen in der Öffentlichkeit auf deutliche Ablehnung, selbst in der völkischen Presse herrschte ein distanzierter Tonfall. Siehe ebenda, S. 175.

⁷⁸ Siehe Paucker, Der jüdische Abwehrkampf (wie Anm. 38), S. 16.

Straße wurde nun immer öfter zu Waffen gegriffen, es kam zu schweren Körperverletzungen und Todesfällen. Zudem traten Antisemiten nun häufiger in geschlossenen Formationen auf.⁷⁹ So zogen beispielsweise am 13. Oktober 1930 einige Nationalsozialisten, die zunächst vor dem Reichstag gegen das Uniformverbot protestiert hatten, in Richtung Potsdamer Platz und schlugen die Schaufenster von Geschäften ein, die vornehmlich jüdischen Besitzern gehörten.⁸⁰ Knapp ein Jahr später kam es zu einem zweiten organisierten Krawall in Berlin. Am Abend des jüdischen Neujahrsfestes Rosch ha-Schana sammelten sich auf dem Kurfürstendamm etwa 500 SA-Leute zu einer spontanen Kundgebung und begannen plötzlich mit Gewalttätigkeiten, die etwa eine Stunde andauerten. „Gruppen von Nationalsozialisten skandierten in Sprechchören Parolen wie ‚Heil Hitler‘ und ‚Deutschland erwache – Juda verrecke‘ und überfielen Passanten.“⁸¹ In einem Café randalierten Eindringlinge und gaben Schüsse in die Luft ab; auf der Straße wurden willkürlich aufgegriffene Personen angepöbelt und misshandelt.⁸²

Bis zum Sommer 1932 nahm die organisierte Gewalt weiter zu. Den Höhepunkt erreichte diese Entwicklung im Juli und August 1932 mit einer Serie terroristischer Anschläge von Nationalsozialisten, die sich gegen politische Gegner, darunter viele Juden, richteten.⁸³ Erstmals wurden im großen Stil Sprengstoffe und Handgranaten verwendet. In der oberschlesischen Stadt Pitschen (heute polnisch: Byczyna) warfen Täter am 7. August 1932 beispielsweise zwei Eierhandgranaten in das Wohnzimmer eines jüdischen Kaufmannes. In dem ostpreußischen Ort Norgau wurde der Vorsteher der jüdischen Gemeinde durch einen Schuss in die Stirn schwer verletzt. Am Morgen des 3. August

⁷⁹ Siehe Walter, *Antisemitische Kriminalität* (wie Anm. 58), S. 222. Beispiele für gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen 1927 und 1931 gibt Walter auf S. 200–208.

⁸⁰ Siehe Walter, *Antisemitische Kriminalität* (wie Anm. 58), S. 209–211.

⁸¹ Ebd., S. 211.

⁸² Ebd., S. 212.

⁸³ Siehe Bergmann, *Geschichte des Antisemitismus* (wie Anm. 1), S. 93.

warfen in Kiel zwei unbekannte Täter Dynamit gegen die Synagoge und richteten dadurch erheblichen Schaden an.⁸⁴

Erneut folgten auf den erstarkenden Antisemitismus Proteste, doch erreichten sie nicht mehr das Ausmaß, das sie in der ersten Hälfte der 1920er Jahre angenommen hatten. Zu einer groß angelegten Debatte über die Zunahme des Antisemitismus kam es nicht mehr. Die Ausschreitungen gegen Juden gingen in der allgemeinen Eskalation politischer Gewalt unter.⁸⁵ Oft wurde der jüdenfeindliche Hintergrund der Aktionen nicht reflektiert. Zu einer letzten publikumswirksamen Debatte kam es noch einmal im Frühjahr 1932 im Zusammenhang mit dem Rundfunk-Auftritt eines Antisemiten, der zu Protesterklärungen seitens jüdischer Organisationen und zu Diskussionen in der Presse führte.⁸⁶ Diese Diskussionen wurden nun aber vornehmlich im Feuilleton und unter dem Schlagwort einer vermeintlich bestehenden „Judenfrage“ geführt – eine Redeweise, die ursprünglich von Antisemiten eingebracht worden war, nun aber auch von ihren Gegnern übernommen wurde. Bezeichnend war etwa die Reaktion der evangelischen Landeskirche von Schleswig-Holstein, die nach dem Anschlag von Kiel herausstellte, dass sie den „Radau-Antisemitismus“ verurteile, aber Bestrebungen unterstütze, die vermeintlich „das deutsche Volkstum auf gesetzlichem Wege von undeutschem Geist und wesensfremder Kultur zu befreien“ versprechen würden.⁸⁷ Daran zeigt sich, dass eine Kritik an der Gewalt gegen Juden sich durchaus mit allgemeinen antisemitischen Ressentiments vertragen konnte. Diese Doppelbödigkeit der anti-antisemitischen Argumentation war nicht neu, denn schon im Kaiserreich war die Verurteilung antisemitischer Agitatoren mit dem Zugeständnis „berechtigter Kritik“ an der jüdischen Minderheit einhergegangen. Zu Beginn der 1930er Jahre ebnete diese Argumentationsfigur dann den Weg für eine Politik der formaljuristisch legalen Diskriminierung – eine Strategie, an der die Nationalso-

⁸⁴ Siehe Walter, *Antisemitische Kriminalität* (wie Anm. 58), S. 237–240.

⁸⁵ Ebd., S. 218.

⁸⁶ Ebd., S. 234.

⁸⁷ Ebd., S. 240.

zialisten seit 1931 in Form von Entwürfen für gesetzliche Maßnahmen gegen Juden arbeiteten.⁸⁸

Alles in allem erscheinen die Jahre zwischen 1929 und 1932 als eine Zeit des Scheiterns anti-antisemitischer Gegenkräfte. Diese Entwicklung vollzog sich parallel zum Zusammenbruch liberaler Gruppierungen, die sich bis dahin stets gegen den Antisemitismus ausgesprochen hatten. Die *nationalliberale Deutsche Volkspartei* (DVP) vermied nicht nur eine klare Stellungnahme, sondern wurde mit der zunehmenden politischen Marginalisierung zu Beginn der 1930er Jahre offen antisemitisch.⁸⁹ Die *linksliberale Deutsche Demokratische Partei* (DDP) – aus deren Umfeld zahlreiche Mitglieder des VAA stammten – schlug eine ähnliche Richtung ein. Die Partei konnte 1932 nur noch ein Prozent aller Stimmen auf sich vereinigen und fusionierte daraufhin mit dem antisemitischen *Jungdeutschen Orden* zur Deutschen Staatspartei.⁹⁰ „Damit war der Liberalismus als Gegner des [...] Antisemitismus in der Endphase der Republik nicht mehr präsent“, fasst Arnold Paucker diese Entwicklung zusammen.⁹¹

Das Scheitern des Anti-Antisemitismus lässt sich aber auch darauf zurückführen, dass die meisten Akteure angesichts der immer brutaleren Aktionsformen gegen Juden keine neuen Strategien der Gegenwehr entwickelten.⁹² Einzig das Reichsbanner und der Rote Frontkämpferbund, letzterer wurde allerdings auf Beschluss des Reichsinnenministeriums am 3. Mai 1929 mit Wirkung zum 6. Mai 1929 verboten, hielten als organisierte Kampftruppen noch mit den zunehmend gewalttätigen Aktionen der Antisemiten Schritt. Allerdings wollte man sich auch hier nicht auf einen „besonderen Schutz“ der Juden ver-

⁸⁸ Siehe Uwe Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972, S. 28–46.

⁸⁹ Siehe Bergmann, *Geschichte des Antisemitismus* (wie Anm. 1), S. 77.

⁹⁰ Siehe Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf* (wie Anm. 38), S. 89 und S. 94 und Bergmann, *Geschichte des Antisemitismus* (wie Anm. 1), S. 77–78.

⁹¹ Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf* (wie Anm. 38), S. 78.

⁹² Für eine kritische Diskussion der Strategie des VAA siehe Suchy, *The Verein zur Abwehr des Antisemitismus* (wie Anm. 46), S. 92 sowie Zeiß-Horbach, *Verein zur Abwehr des Antisemitismus* (wie Anm. 13), S. 63 und S. 84–86.

pflichten.⁹³ Wichtiger als Reichsbanner und Frontkämpferbund waren daher jüdische Organisationen, die sich explizit auf Konfrontationen auf der Straße vorbereiteten und Propaganda-Strategien zur Beeinflussung breiter Massen entwickelten.

Eine der jüdischen Selbstschutzorganisationen, die sich den gewalttätigen Angriffen entgegenstellten, war der *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten* (RjF), der bereits kurz nach dem Ende des Ersten Weltkrieges von ehemaligen jüdischen Kriegsveteranen gegründet worden war.⁹⁴ Ziel der etwa 40.000 Mitglieder starken Organisation war es, den Einsatz von Juden im Krieg zu würdigen und den erstarkenden Antisemitismus abzuwehren. Zu diesem Zweck initiierte der RjF die Gründung von lokalen Selbstschutzgruppen, die bei Ausschreitungen wie dem Scheunenviertel-Krawall 1923 in Berlin eingriffen.⁹⁵ Seit 1923 organisierte der RjF zudem den Schutz von Synagogen und jüdischen Persönlichkeiten.⁹⁶ Als jüdische Selbstschutz-Organisation fungierte auch die bereits im Kaiserreich gegründete, deutsch-national gesinnte Studentenverbindung *Kartell-Convent* (KC). Die Mitglieder des KC trainierten Boxen und Jiu-Jitsu, um sich gegen antisemitische Angriffe zu verteidigen.⁹⁷ Eine dritte Selbstschutzorganisation wurde 1927 auf Initiative der Jüdischen Gemeinde in Berlin ins Leben gerufen und firmierte unter dem Namen *Jüdischer Abwehrdienst* (JAD).⁹⁸

⁹³ Siehe Barkai / Mendes-Flohr / Lowenstein, *Deutsch-jüdische Geschichte* (wie Anm. 70), S. 121.

⁹⁴ Zur Geschichte des RjF siehe Ulrich Dunker, *Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919–1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins*, Düsseldorf 1977. Zur Mitgliederstärke vgl. Moshe Zimmermann, *Die Deutschen Juden 1914–1945*, München 1997, S. 31, und Wolfgang Selig, *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten*, in: Wolfgang Benz (Hg.), *Handbuch des Antisemitismus. Organisationen, Institutionen, Bewegungen*, Bd. 5, Berlin / Boston 2012, S. 515–517, hier S. 515.

⁹⁵ Siehe Zilkens, *Der antisemitische Staat* (wie Anm. 65), S. 99, und Walter, *Antisemitische Kriminalität* (wie Anm. 58) S. 152–153.

⁹⁶ Siehe Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf* (wie Anm. 38), S. 34.

⁹⁷ Ebd., S. 34 und S. 135. Zur Entstehungsgeschichte des KC siehe auch Adolph Asch / Johanna Philippson, *Self-Defence at the Turn of the Century. The Emergence of the KC*, in: Leo Baeck Institute Yearbook 3 (1958), S. 122–139.

⁹⁸ Zur Geschichte des JAD siehe Dunker, *Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten* (wie Anm. 94), S. 63–69.

Ihm gehörten Mitglieder des RjF und der beiden Sportvereine Makabi und Bar Kochba an. In Berlin bestand der JAD aus etwa 250 bis 300 aktiven Mitgliedern, die im Falle von Ausschreitungen eingriffen.⁹⁹ In Kooperation mit dem RjF bewachten Angehörige des JAD „Synagogen, jüdische Grundstücke und Gebäude und waren bei Versammlungen [...] als Saalschutz tätig.“¹⁰⁰

Der wichtigste Akteur auf dem Gebiet der jüdischen Abwehrarbeit war jedoch der *Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* (CV).¹⁰¹ Er wurde 1893 gegründet, nur drei Jahre nach dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus. In der ersten Ausgabe der Vereinszeitschrift ‚Im deutschen Reich‘ rief er zur Selbstverteidigung als der „einzigen zuverlässigen Waffe“ auf und appellierte an seine Mitglieder: „Laßt es Euch nicht länger gefallen!“¹⁰² So wie der VAA wurde auch der CV von einer Gruppe prominenter Persönlichkeiten ins Leben gerufen. Doch im Unterschied zum VAA entwickelte sich der CV aus einem Honoratioren-Verein bald zu einer politischen Massenorganisation. Innerhalb weniger Jahre wuchs der Verein zur mitgliederstärksten deutsch-jüdischen Organisation heran. In den 1920er Jahren zählte er bis zu 70.000 individuelle und weitere 200.000 korporative Mitglieder und repräsentierte damit beinahe die Hälfte aller deutschen Juden.¹⁰³ Er verfügte über 634 Ortsgruppen, 23 Landesverbände, 16 Geschäftsstellen und einen Stab von etwa 120 Mitarbeitenden.¹⁰⁴

⁹⁹ Siehe Barkai / Mendes-Flohr / Lowenstein, *Deutsch-jüdische Geschichte* (wie Anm. 70), S. 120; Zimmermann, *Die Deutschen Juden 1914–1945* (wie Anm. 94), S. 45.

¹⁰⁰ Simcha Epstein, *Der Mythos der Passivität und der Kampf der deutschen Juden gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus*, in: *Yad Vashem – Newsletter für die deutschsprachigen Länder*, 3 (2001), [http://www.yadvashem.org/yv/de/education/newsletter/03/article_epstein.asp].

¹⁰¹ Zur Geschichte des CV siehe Barkai, „Wehr Dich!“ (wie Anm. 17) und Björn Weigel, *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*, in: Wolfgang Benz (Hg.), *Handbuch des Antisemitismus* (wie Anm. 94), S. 92–95.

¹⁰² *Im deutschen Reich*. Zeitschrift herausgegeben von dem Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, 1 (1895), Nr. 1, S. 2 f. Online unter [<http://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/cm/periodical/titleinfo/2316602>].

¹⁰³ Siehe Weigel, *Centralverein deutscher Staatsbürger* (wie Anm. 94), S. 92.

¹⁰⁴ Siehe Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf* (wie Anm. 38), S. 45.

Gegen den Antisemitismus kämpfte der CV vor allem auf juristischer und publizistischer Ebene. Kernstück des juristischen Kampfes des CV waren Rechtsschutzstellen, in denen Personen beraten wurden, die wegen ihres Judentums angegriffen worden waren, um sie bei der Einleitung von Strafverfahren oder Zivilklagen zu unterstützen.¹⁰⁵ Zudem wertete der CV antisemitische Zeitungen und Publikationen aus und erhob Anklage gegen antisemitische Autoren.¹⁰⁶ Mit dieser Form der Gegenwehr stand der CV allein auf weiter Flur. Keine andere Organisation leistete während der Weimarer Republik eine mit dem Rechtsschutz des CV vergleichbare juristische Abwehrarbeit.¹⁰⁷ Im Bereich der publizistischen Gegenwehr spielte die ab 1922 wöchentlich erscheinende CV-Zeitung eine wichtige Rolle. Sie wurde den Mitgliedern kostenlos zugestellt und erreichte Mitte der 1920er Jahre eine Auflage von etwa 65.000 Exemplaren.¹⁰⁸ Die Zeitschrift enthielt Artikel zur Widerlegung antisemitischer Propaganda und Beiträge zu jüdischem Leben und jüdischer Kultur. Seit Mitte der 1920er Jahre wurde zusätzlich eine Monatsausgabe erstellt, die sich an nicht-jüdische Leserinnen und Leser aus unterschiedlichen Berufs- und Gesellschaftsschichten wandte. Die monatliche Auflagenstärke dieses Blattes lag bei etwa 30.000 Exemplaren und reichte damit an die Auflagenstärke der vom VAA mit gleicher Zielsetzung herausgegebenen ‚Mitteilungen‘ heran.¹⁰⁹ Zur Verstärkung seiner Aufklärungsarbeit unterhielt der CV zudem einen eigenen Pressedienst und den hauseigenen Philo-Verlag.¹¹⁰

¹⁰⁵ Siehe Georg Herlitz / Bruno Kirschner, Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden, Bd. 1 (a-c), Berlin 1927, Spalte 1290 (Stichwort „Center-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“).

¹⁰⁶ Siehe Barkai, „Wehr Dich!“ (wie Anm. 17), S. 30.

¹⁰⁷ Die herausragende Stellung des CV hing nicht nur mit fehlender Aufmerksamkeit auf Seiten nicht-jüdischer Organisationen zusammen, sondern auch damit, dass der CV eine Zentralisierung der juristischen Verfahren anstrebte und darum bat, entsprechende Fälle direkt an ihn zu überstellen. Vgl. Walter, Antisemitische Kriminalität (wie Anm. 58), S. 88.

¹⁰⁸ Siehe Herlitz / Kirschner, Jüdisches Lexikon (wie Anm. 105), Spalte 1291 (Stichwort „Center-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“).

¹⁰⁹ Ebd., Spalte 1291 (Stichwort „Center-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“).

Ab 1929 vollzog sich ein deutlicher Umbruch in der Arbeit des CV. In Reaktion auf die erdrutschartigen Erfolge der Nationalsozialisten wurde „eine großangelegte Propaganda-Offensive gegen die NSDAP“ ins Leben gerufen.¹¹¹ Der CV öffnete sich nun neuartigen Werbemethoden, die breite Bevölkerungsschichten ansprechen sollten und „gewisse Zugeständnisse an die allgemeine Verrohung der politischen Sitten“ machten.¹¹² Spezifisch jüdische Themen traten dabei in den Hintergrund. 1929 druckte der CV beispielsweise Plakate mit der Aufschrift „Hitler bedeutet Krieg!“, 1930 folgten Plakate mit dem Slogan „Keine Stimme dieser Partei des Aufruhrs und des Bürgerkriegs!“¹¹³ Auch das Pressematerial des CV wurde nun auf breite Öffentlichkeit zugeschnitten. Ein Beispiel hierfür war die Herausgabe der Zeitschrift ‚Alarm‘ seit November 1929 – ein aggressiv aufgemachtes „Sensationsblatt mit Schlagzeilen im Zweifarbendruck“.¹¹⁴ Der ‚Alarm‘ imitierte bewusst die Nazi-Presse und arbeitete mit Beschimpfungen, Satire und überspitzten Zeichnungen.¹¹⁵

Parallel dazu wurde im Herbst 1929 in der Berliner Wilhelmstraße eine Tarnorganisation eingerichtet, die unabhängig vom allgemeinen Apparat des CV operierte.¹¹⁶ Das *Büro Wilhelmstraße (BW)* änderte mehrfach seinen Namen und firmierte zeitweilig als *Ausschuss für Volksaufklärung, Bund Deutscher Aufbau und Deutscher Volksgemeinschaftsdienst*.¹¹⁷ 1930 veröffentlichte das BW den sogenannten ‚Anti-Nazi‘, ein Handbuch, das die Biographien führender Nationalsozia-

¹¹⁰ Zur Geschichte des Philo-Verlags siehe Susanne Urban, *Der Philo-Verlag 1919–1938. Abwehr und Selbstbehauptung*, Hildesheim / Zürich / New York 2001.

¹¹¹ Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf* (wie Anm. 38), S. 110.

¹¹² Ebd., S. 43.

¹¹³ Ebd., S. 54.

¹¹⁴ Ebd., S. 121.

¹¹⁵ Anfang der 1930er Jahre kam es zur Kooperation mit dem russischen Biologen Serge Chakotin, der mit neuen Methoden der Massenpsychologie experimentierte und auf eine gefühlsmäßig operierende „Senso-Propaganda“ setzte, die den Kampfinstinkt der Massen durch einen Appell ans Gefühl wecken sollte.

¹¹⁶ In der letzten Phase ihres Bestehens siedelte die Tarnorganisation in die Rankestraße über. Siehe Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf* (wie Anm. 38), S. 123.

¹¹⁷ Ebd., S. 114.

listen präsentierte, deren kriminelle Vergangenheit herausstellte und Widersprüche in der Argumentation der NSDAP aufdeckte. Der ‚Anti-Nazi‘ wurde an über 10.000 Funktionäre aller Parteien verteilt und gelangte in Kreise, die dem CV bis dahin nicht zugänglich gewesen waren.¹¹⁸

Auch in quantitativer Hinsicht erreichte die Abwehrarbeit des CV in den letzten Jahren der Weimarer Republik ein neues Ausmaß. Die finanziellen Mittel, die der Verein in dieser Phase für den Abwehrkampf mobilisierte, sollen das 240-fache des Jahresbudgets des französischen Pendant der *Ligue internationale contre l'Antisémitisme* (LICA) betragen haben.¹¹⁹ Den Sieg der Nationalsozialisten konnte der CV jedoch nicht verhindern. „Die Malaise der deutschen Gesellschaft zu kurieren, war die kleine jüdische Minderheit außerstande“, resümiert Arnold Paucker.¹²⁰

Die nötige Brücke zwischen den jüdischen und den nicht-jüdischen Kräften der Gegenwehr hätte eine Organisation wie der *Verein zur Abwehr des Antisemitismus* (VAA) bilden können, doch zu Beginn der 1930er Jahre befand sich der Verband bereits im Niedergang. Die Strategie einer auf vernünftigen Argumenten beruhenden Kampagnenarbeit hatte sich als wirkungslos erwiesen und für die Entwicklung neuer Vorgehensweisen fehlte dem Verein die Kraft. Ab 1930 gingen seine Aktivitäten deutlich zurück: „It seems that the Abwehrverein had reached its apex around 1930 and that it faded into insignificance afterwards“, konstatiert die Historikerin Barbara Suchy.¹²¹ Nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler gab der VAA schließlich auf. Am 27. März 1933 trat der Vorstand zu seiner ersten Sitzung unter dem neuen Regime zusammen. Er beschloss, die Vereinsaktivitäten für die kommenden vier Wochen ruhen zu lassen. In dieser Zeit sollte geprüft werden, „ob bei der Haltung der Regierung eine er-

¹¹⁸ Ebd., S. 119.

¹¹⁹ Siehe Epstein, *Mythos der Passivität* (wie Anm. 100).

¹²⁰ Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf* (wie Anm. 38), S. 147.

¹²¹ Suchy, *The Verein zur Abwehr des Antisemitismus* (wie Anm. 46), S. 98; auch Zimmermann, *Die Deutschen Juden 1914–1945* (wie Anm. 94), S. 45.

sprießliche Weiterarbeit des Vereins überhaupt möglich ist. Der Geschäftsführer wird angewiesen, bis zu solcher Klärung die Arbeit nach außen, insbesondere die Herausgabe der Abwehrblätter einzustellen.¹²² Der VAA verstummte damit zu einem Zeitpunkt, da bereits die ersten antisemitischen Gesetze verabschiedet waren. Mitte Mai 1933 nahm der Vorsitzende Heinrich Krone schließlich Kontakt mit den Behörden auf. Es stellte sich heraus, dass ein Weiterbestehen des Vereins seitens der Regierung toleriert werden würde, allerdings nur unter der Bedingung, dass der Verein seine öffentliche Tätigkeit einstellte.

Anfang Juli 1933 beschloss der VAA seine Selbstauflösung. Es ist denkbar, dass der Vorstand seine Mitglieder dadurch vor potentiellen Repressionen schützen wollte. Tatsächlich waren bereits einige Ortsgruppen durchsucht und Materialien und Gelder durch die Polizei beschlagnahmt worden.¹²³ Die letzten Veröffentlichungen des Vereins zeugen jedoch auch von einer frappierenden Arglosigkeit gegenüber dem neuen Regime. So verfasste der Verein Ende März 1933 eine Presseerklärung gegen die ausländische „Greuelpropaganda über angebliche Judenpogrome“.¹²⁴ In der Erklärung wurde die antisemitische Programmatik der neuen Regierung heruntergespielt und diese als Schutzmacht der Juden gegenüber antisemitischen Randalierern präsentiert. Die Regierung habe „ihren ganzen Einfluß aufgeboten, um antisemitische Ausschreitungen abzubremsen und Wiederholungen zu unterbinden“, hieß es darin.¹²⁵ Auch Formulierungen aus dem Abschiedsbrief des VAA, den der Vorstand seinen Mitgliedern anlässlich der Vereinsauflösung zukommen ließ, zeugen von einer optimistischen Grundhaltung. Darin hieß es: „Wo die Abwehr des Antisemi-

¹²² Vereinsprotokoll der Sitzung vom 27. März 1933, Bundesarchiv Koblenz (BArchK), N 1006/54, fol. 190, zitiert nach Zeiß-Horbach, Verein zur Abwehr des Antisemitismus (wie Anm. 13), S. 164.

¹²³ Ebd., S. 175; Suchy, The Verein zur Abwehr des Antisemitismus (wie Anm. 46), S. 102.

¹²⁴ Zeiß-Horbach, Verein zur Abwehr des Antisemitismus (wie Anm. 13), S. 164.

¹²⁵ BArchK (wie Anm. 122), N 1006/54, fol. 192, zitiert nach Zeiß-Horbach, Verein zur Abwehr des Antisemitismus (wie Anm. 13), S. 164.

tismus lauterer Motiven und ehrlicher Ueberzeugung entspringt, da wird der einzelne sie auch in Zukunft üben können, ohne mit dem Willen der Regierung in Konflikt zu kommen. Ehrliche und aufrechte Bürger braucht auch das neue Deutschland.“¹²⁶

Mit dieser Botschaft verabschiedete sich der VAA von der Bühne der Politik. Eine Umstellung der Vereinsarbeit auf eine wie auch immer geartete Hilfstätigkeit zugunsten der bereits massiv bedrängten Juden wurde nicht in Erwägung gezogen.¹²⁷ Immerhin stellte der Verein sein spärliches Restvermögen in Höhe von 250,49 RM den Israelitischen Kultusgemeinden in Berlin und Frankfurt am Main zur Verfügung, um „unschuldig in Not geratenen deutschen Juden“ zu helfen.¹²⁸ Alles Weitere blieb fortan jedem Mitglied selbst überlassen. Einige Angehörige des VAA setzten ihr Engagement in Form von praktischer Hilfe für jüdische Verfolgte fort, etwa der letzte VAA-Vorsitzende Heinrich Krone und der evangelische Pfarrer Hermann Maas.¹²⁹ Der Abwehrverein spielte für dieses Engagement jedoch keine Rolle mehr.

Im scharfen Kontrast zum VAA steht das Verhalten des CV, der die notwendig gewordene Umstellung vom Abwehrkampf zur Hilfstätigkeit systematisch vorbereitete. Der Vorstand des CV empfahl seinen Mitgliedern im Januar 1933 zwar die weitere Entwicklung ruhig abzuwarten,¹³⁰ war sich der drohenden Gefahr einer Zerstörung der Vereinsstrukturen zugleich aber frühzeitig bewusst und traf vorbereitende Maßnahmen, um seine Arbeit auch unter der neuen Regie-

¹²⁶ Ein Abschiedswort an unsere Mitglieder, BArchK (wie Anm. 122), NL Gothein, 54/203, zitiert nach Suchy, *The Verein zur Abwehr des Antisemitismus* (wie Anm. 46), S. 101.

¹²⁷ Siehe Zeiß-Horbach, *Verein zur Abwehr des Antisemitismus* (wie Anm. 13), S. 172.

¹²⁸ Protokoll VAA-Mitgliederversammlung vom 7. Juli 1933, Landesarchiv Berlin, B Rep. 042, Nr. 8963, fol. 162, zitiert nach Zeiß-Horbach, *Verein zur Abwehr des Antisemitismus* (wie Anm. 13), S. 178.

¹²⁹ Für die VAA-Mitgliedschaft von Maas gibt es keinen sicheren Nachweis. Eine Angabe in seiner Personal-Akte und Äußerungen von Maas legen die Vermutung einer Mitgliedschaft jedoch nahe. Siehe Zeiß-Horbach, *Verein zur Abwehr des Antisemitismus* (wie Anm. 13), S. 397–398.

¹³⁰ Vgl. Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden. Verfolgung und Vernichtung 1933–1945*, Bonn 2006, S. 27.

zung fortsetzen zu können. Kassenbelege und Anti-NSDAP-Material wurden aus der Berliner Hauptgeschäftsstelle entfernt und teilweise vernichtet, Bücher und Unterlagen über Vereinsinterna beseitigt und der Hauptteil des Vermögens in München deponiert, erinnerte sich Ernst Herzfeld, der letzte Vorsitzende des CV.¹³¹ Auch das Archiv des Büro Wilhelmstraße wurde aufgelöst und wichtige Dokumente in einem Safe verwahrt, zudem „Notbueros in verschiedenen Stadtteilen eingerichtet und ein geheimer Unterschlupf gesichert.“¹³² In den folgenden Monaten verwandelte sich der CV erfolgreich in einen funktionstüchtigen Hilfsverein.¹³³ Wirtschafts- und sozialpolitische Aufgaben rückten ins Zentrum seiner Tätigkeit.¹³⁴ Zudem setzte er sich für die Gründung einer Dachorganisation ein, die alle Richtungen innerhalb des Judentums vereinigen sollte.¹³⁵ Bereits im April 1933 wurde mit dem *Zentralausschuss für Hilfe und Aufbau* eine entsprechende Institution geschaffen. Darüber hinaus war der CV an der Neugründung der *Reichsvertretung der deutschen Juden* (RV) im September 1933 beteiligt, durch welche die vormals rein repräsentative Körperschaft in ein handlungsfähiges Aktionskomitee transformiert wurde.¹³⁶ Unter dem Dach der RV organisierte der CV in den folgenden Jahren Wirtschaftshilfe, Rechtsberatung und Auswanderungshilfe.¹³⁷

Resümee

Seit der rechtlichen Gleichstellung der Juden im Jahr 1871 kam es in Deutschland immer wieder zu antisemitischen Kampagnen, um der

¹³¹ Siehe Ernst Salomon Herzfeld, *Meine letzten Jahre in Deutschland 1933–1938*, undatiert (um 1938), in: Leo Baeck Institute Library, Memoir Collection, S. 2, digitalisiertes Originalmanuskript verfügbar über die Yad Vashem Library unter [http://collections1.yadvashem.org/full_pdf_srika/3549153_03030019/0001.pdf].

¹³² Ebd., S. 2. sowie Barkai, „Wehr Dich!“ (wie Anm. 17), S. 446–447 (Anm. 39).

¹³³ Siehe Barkai, „Wehr Dich!“ (wie Anm. 17), S. 287.

¹³⁴ Ebd., S. 304.

¹³⁵ Siehe ebd., S. 299.

¹³⁶ Ebd., S. 283.

¹³⁷ Ebd., S. 299 und S. 345.

jüdischen Minderheit den errungenen Rechtsstatus streitig zu machen. Bis Mitte der 1920er Jahre formierte sich dagegen breiter öffentlicher Protest. Dabei spielten vor allem liberale, sozialdemokratische und jüdische Organisationen – etwa der *Verein zur Abwehr des Antisemitismus*, das *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold*, der *Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* sowie SPD und USPD – eine wichtige Rolle. Ihre Interventionen in Form von Protesterklärungen, Vorträgen und Aufklärungsmaterialien trugen maßgeblich dazu bei, das Ansehen der Antisemiten in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Doch schon damals waren Formen der aktiven Parteinahme für Juden im Sinne einer gelebten Solidarität und Unterstützung selten.

In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre ließ die Gegenwehr gegen antisemitische Positionen dann merklich nach. Das Scheitern der Abwehr des Antisemitismus in diesen Jahren hing mit dem Zerfall liberaler Kräfte, aber auch mit einer Unterschätzung des Gefahrenpotenzials antisemitischer Parteien und dem Fehlen einer neuen Strategie im Umgang mit dem gewaltbereiten „Radau-Antisemitismus“ zusammen. Gemäßigte antisemitische Positionen, die keine Gewalt, wohl aber die berufliche Diskriminierung von Juden befürworteten, gewannen immer weiter an Terrain. Die NSDAP schwenkte in diesem Umfeld auf einen legalistischen Kurs um und bereitete Vorschläge zur Segregation der Juden auf dem Gesetzesweg vor. Als diese Maßnahmen in den 1930er Jahren zur Umsetzung kamen, wurden sie von der Bevölkerung weitgehend kommentarlos hingenommen. Diejenigen, die sich in den folgenden Jahren für jüdische Verfolgte einsetzten, konnten sich kaum noch auf bestehende Strukturen stützen und agierten dementsprechend in hohem Maße isoliert. Institutionell verankerte, offiziell geduldete Hilfeleistungen zugunsten von jüdischen Verfolgten wurden im Nationalsozialismus vor allem von jüdischer Seite organisiert. Die wenigen Ansätze, die es auf nicht-jüdischer Seite zur Institutionalisierung der Hilfe gab, beschränkten sich ganz überwiegend auf die Unterstützung sogenannter „nicht-arischer“ Christen. Die von den Nationalsozialisten angestrebte Segregation nach rassi-

schen Kriterien setzte sich damit auch auf dem Gebiet der karitativen Fürsorge durch. Als die Deportationen der deutschen Juden einsetzen waren auch diese letzten nicht-jüdischen Hilfsorganisationen weitgehend aufgelöst. Juden die sich zur Flucht vor den Deportationen entschlossen, konnten fortan nur noch auf die Unterstützung durch Privatpersonen und informelle Netzwerke hoffen. Der Zusammenbruch jeglicher Formen institutionellen Rückhalts führte dazu, dass nur wenige Rettungsbemühungen im nationalsozialistischen Deutschland Aussicht auf Erfolg hatten. Von den rund 10.000 bis 15.000 Verfolgten, die versuchten sich im sogenannten Altreich der Deportation zu entziehen, überlebten kaum mehr als 5.000 Juden den Krieg.¹³⁸

¹³⁸ Siehe hierzu Susanne Beer, *Die Banalität des Guten – Hilfeleistungen für jüdische Verfolgte im Nationalsozialismus*, Berlin 2018 (im Druck).

Dies ist eine Veröffentlichung der **Sozial.Geschichte Online**
lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

Sozial.Geschichte Online ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen knapp fünfstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 € und für GeringverdienerInnen 10 € jährlich; Fördermitglieder legen ihren Beitrag selbst fest.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

SGO-Verein [at] janus-projekte.de oder den

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
Cuvrystraße 20a
(Briefkasten 30)
D-10997 Berlin

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
IBAN: DE09 1002 0500 0001 4225 00, BIC: BFSWDE33BER,
Bank für Sozialwirtschaft